



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Positionen des Bundesverbandes Deutscher Fertigbau

Bauen mit Holz bedeutet Bauen mit Zukunft

Bauen mit Holz leistet einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Der nachwachsende Rohstoff Holz zeichnet sich durch eine hohe Wertbeständigkeit aus, entzieht der Atmosphäre klimaschädliches CO₂ während des Wachstums und bindet den Kohlenstoff über die gesamte Lebensdauer. Gleichzeitig können durch den vermehrten Einsatz von Holz im Bauwesen energieintensiv produzierte Baumaterialien substituiert werden. Das kommt dem Klimaschutz in doppelter Hinsicht zu Gute.

Der moderne Holzfertigbau erreicht aufgrund seiner sehr guten energetischen Kennwerte und seines im Bauwesen sonst nicht gegebenen umfangreichen Vorfertigungsgrades ein besonders hohes Maß an Qualität und Planungssicherheit sowie Flexibilität. So können regionale Baustile genauso wie die individuellen Wünsche der Bauherren realisiert werden. Durch das vergleichsweise geringe Gewicht des Baustoffes bietet sich die Holzbauweise in besonderem Maße für die Aufstockung bzw. den Dachausbau an und kann somit einen wichtigen Beitrag zur Wohnraumschaffung in Ballungsgebieten leisten. Die Novellierung des Baurechts und die damit einhergehende Einführung der Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ haben dafür eine wichtige Grundlage geschaffen. Ferner trägt Holz zu einem angenehmen Raumklima bei.

Die mittelständisch geprägte Fertigbauindustrie ist überwiegend im ländlichen Raum angesiedelt. Durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und durch die Herstellung hochwertiger Produkte erhöht sie die Lebensqualität in den Regionen. Dazu gehört auch die Förderung einer nachhaltigen Forstwirtschaft, die die Bereitstellung des Rohstoffes Holz mit den Anforderungen des Naturschutzes in Einklang bringt und den Wald als Wirtschaftsraum und als Naherholungsort stärkt.

Im Klimaschutzplan 2050 hat die Bundesregierung das Ziel ausgegeben, einen lebenswerten, bezahlbaren und nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu schaffen. Das Bauen mit Holz ist der Königsweg dorthin. Auf Länderebene wird dieser Weg bereits beschritten. Baden-Württemberg geht hier voran. Damit die nachhaltige Holzbauweise jedoch ihr volles Potenzial entfalten kann, müssen bestehende Hemmnisse abgebaut und attraktive Rahmenbedingungen geschaffen werden.



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Bauen mit Holz – bezahlbar, energieeffizient, nachhaltig

- Die **Gleichbehandlung des klimafreundlichen Baumaterials Holz** in den Landesbauordnungen, der Musterbauordnung sowie der MVVTB (Muster-Verwaltungsvorschrift technische Baubestimmungen) muss hergestellt und die Diskriminierung gegenüber anderen Baumaterialien endlich aufgehoben werden. Holz als Baumaterial erfüllt alle erforderlichen Schutzziele.
- Das **Gebäudeenergiegesetz** muss ambitioniert ausgestaltet und langfristig zu einem echten **CO₂-Einspargesetz** qualifiziert werden. Der **Energiestandard KfW-Effizienzhaus 55 ist als Gebäudestandard festzuschreiben** und auf Basis der Europäischen Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPDB) weiterzuentwickeln. Die sog. **Graue Energie**, d.h. die bei der Herstellung von Bauprodukten aufgewandte Energie, muss bei der Gebäudebilanzierung berücksichtigt werden, um zu einer ganzheitlichen klimapolitischen Bewertung gelangen zu können. Für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern als EffizienzhausPlus mit Kohlenstoff speichernden Holzbauprodukten sollten Anreize durch eine **Energie-Gutschrift für Bauherren** geschaffen werden.
- Der Bau von energieeffizienten Gebäuden muss weiterhin konsequent gefördert werden. Neben den bestehenden Programmen für Effizienzhäuser 55 und 40, sollte das klimaneutrale Bauen in Bezug auf den Klimaschutzplan 2050 gezielt durch die weitere **Förderung als Effizienzhaus 40 Plus bis 2025** fortgeführt werden. Zur Breitenanwendung des klimaneutralen Bauens appellieren wir für eine sinnvolle Ergänzung durch die Einführung einer neuen Förderung als **Effizienzhaus 55 Plus – ebenfalls bis 2025**.
- Die öffentliche Hand muss ihrer **klimapolitischen Vorbildfunktion** gerecht werden. Dazu gehört zum einen die Errichtung und Nutzung von Holzgebäuden für den eigenen Gebäudebestand. Zum anderen braucht es mehr energie- und ressourceneffiziente holzbasierte Gebäude am Gesamtbestand aller Gebäude sowie eine signifikante Steigerung der Sanierungsrate. Vor allem bedarf es einer entsprechenden Fort- und Weiterbildung von Entscheidungsträgern, insbesondere auf kommunaler Ebene, im Hinblick auf den Werkstoff Holz.
- **Wohngebäude sind multifunktional auszurichten**, um Energieproduktion und -speicher zu ermöglichen. Für die Versorgung von Wohneigentum mit umweltfreundlich erzeugtem Strom, auch in Verbindung mit weiteren Maßnahmen wie etwa Elektromobilität, muss die Förderkulisse stetig weiterentwickelt werden. Dieser Fortschritt sollte sich in den **Landesbauordnungen** widerspiegeln.



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Bauen mit Zukunft braucht verlässliche Rahmenbedingungen

- Kommunen müssen verstärkt **Bauland für den Wohnungsbau ausweisen** und Selbstnutzer beim Zugang zu Grundstücken sowie bei den Kosten für den Grunderwerb privilegieren. Die Einführung einer Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke unterstützt diesen Prozess. Die Reform der Grundsteuer B muss auf die Besteuerung der Fläche, nicht des Gebäudewertes gerichtet sein. Eine fiktive Miete als Bemessungsgrundlage für die Besteuerung selbstgenutzten Wohneigentums ist abzulehnen.
- Das Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImAG) muss dahingehend reformiert werden, dass die von Seiten des Bundes bereitgestellten Flächen vorrangig der Wohnbebauung dienen.
- Die **Grunderwerbsteuer** muss beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum bundesweit auf 3,5 % gesenkt und ein **Freibetrag von 400.000 Euro für Eigenheimbesitzer** eingeführt werden, gekoppelt an eine Bebauungspflicht. Erwerben Bauherren ein Grundstück und ein darauf zu errichtendes Haus aus einer Hand, werden sowohl das Grundstück als auch die Herstellungskosten des Gebäudes in die Grunderwerbsteuerliche Bemessungsgrundlage einbezogen, wobei letztere zusätzlich der Umsatzsteuer unterliegen. Diese Praxis der Doppelbesteuerung von Bauleistungen muss beendet werden.
- Die Vorgaben zur **Beleihungswertermittlung** müssen modernisiert und an die tatsächliche Qualität heutiger holzbasierter Gebäude angepasst werden.
- Zur Förderung des innovativen Bauens sind entsprechende **Demonstrationsgebiete und -ausstellungen** auszuweisen, in denen bauordnungsrechtlich größere **Freiräume für Planung und Realisierung** gewährt werden. Die Ergebnisse sind in Bezug auf die ökonomischen, ökologischen und sozioökonomischen Aspekte zu evaluieren und bei positiver Erfahrung in bauordnungsrechtliche Bestimmungen zu übertragen.

Eine nachhaltige Holz- und Forstpolitik dient Klima, Gesellschaft und Wirtschaft

- Die stoffliche Verwendung von Holz ist im Sinne einer **Kaskadennutzung** weiter auszubauen. Dies muss Hand in Hand mit einer **nachhaltigen Bewirtschaftung von ökologisch wertvollen und stabilen Mischwäldern** gehen. So profitieren Klima und Artenschutz bei gleichzeitiger Pflege der Kulturlandschaft und Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen.
- Um die Verwendung des klimafreundlichen Baustoffes Holz zu motivieren, braucht es eine **Senkung der Mehrwertsteuer für Holzbauprodukte** auf 7 Prozent.
- Die **Charta für Holz 2.0** und der sich daran anschließende Dialogprozess muss mit einer angemessenen finanziellen Mittelausstattung konsequent umgesetzt werden.



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Die Digitalisierung unterstützt eine moderne Baupolitik

- Ein **flächendeckender Breitbandausbau** insbesondere in ländlichen Gebieten muss sichergestellt werden, damit sowohl die mittelständisch geprägte Fertighausindustrie als auch Bauherren in ländlichen Regionen am digitalen Wandel partizipieren können.
- **Digitale Prozesse** etwa in Verwaltungen zur Beschleunigung der Erteilung von Baugenehmigungen, genauso wie die Etablierung von Building Information Modeling (BIM) müssen weiter vorangetrieben werden.
- **Forschungs- und Entwicklungsprojekte**, zum Beispiel zu Schnittstellen zwischen Bauplanung und Bauausführung, müssen gefördert werden.

Eine solide Infrastruktur macht ländliche Räume lebendig

- Die **Infrastruktur** in ländlichen Regionen muss ausgebaut werden. Diese Standorte sind langfristig nur durch eine adäquate Versorgung mit digitaler und medizinischer Infrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten, kulturellen Einrichtungen und Bildungsangeboten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiv.
- Der **Eigenheimerwerb** gerade in ländlichen Regionen ist durch entsprechende Anreize zu fördern, die sich insbesondere an junge Familien richten sollten. Das trägt gleichermaßen zur Vitalisierung des ländlichen und zur Entlastung des urbanen Raums bei.

Starke Arbeitgeber brauchen starke Fachkräfte

- Die Bauindustrie braucht **Fachkräfte**. Daher bedarf es **Qualifizierungsangebote** für entsprechend geeignete Personen, explizit auch solche, die dem Arbeitsmarkt in Deutschland bislang nicht zur Verfügung stehen, z.B. Flüchtlinge mit Bleiberecht. Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung muss konsequent und zügig umgesetzt werden, um einem Mangel an qualifizierten Mitarbeitern entgegenzuwirken.
- Für die Bereiche Architektur und Bau muss die **Nutzung des nachhaltigen Rohstoffs Holz in der akademischen wie in der Berufsausbildung flächendeckend verankert werden**. Auch der Komplex von Rückbau, Wiederverwendung und Wiederverwertung von Baustoffen, zusammengefasst unter dem Begriff des Urban Mining, zum Zweck des Ressourcenschutzes ist in den Kanon aufzunehmen. Hier muss der Bund mit Förder- und Forschungsprojekten flankieren.
- Innovationen rund um den Werkstoff Holz, etwa neue Verbund- und Hybridwerkstoffe oder recyclinggerechtes Produktdesign, könnten an akademischen Forschungszentren entwickelt bzw. für Anwendungen im Klima- und Umweltschutz qualifiziert werden. Dafür braucht es eine starke **Forschungsförderung**.
- Gesetzgeberische Maßnahmen müssen darauf abzielen, den Verwaltungsaufwand und die Kosten für Betriebe zu senken. Neue Rechtsinstrumente müssen auf **Flexibilisierung und Reform des Arbeitsmarkts** ausgerichtet sein.



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER FERTIGBAU E.V.

Über den Bundesverband Deutscher Fertigbau (BDF)

Der Bundesverband Deutscher Fertigbau e.V. (BDF) besteht seit 1961 als Interessenvertretung der bundesweit industriell tätigen Hersteller von Häusern in Holzfertigbauweise. Mit seinen 48 Mitgliedsunternehmen repräsentiert der BDF 90 Prozent der mittelständisch geprägten Fertigungsin-
dustrie in Deutschland. Die Mitglieder des BDF erwirtschaften mit insgesamt 13.500 Mitarbeitern einen Umsatz von knapp 2,9 Mrd. €. Der Marktanteil der Fertigbauweise wächst kontinuierlich und erreicht im Segment der Ein- und Zweifamilienhäuser fast 20%. Dem BDF sind weiterhin etwa 100 fördernde Mitglieder aus dem Zulieferbereich angeschlossen. Der BDF ist Mitglied im Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH), der etwa 1.000 Unternehmen mit 155.000 Beschäftigten und einem Umsatz in Höhe von 36 Milliarden Euro repräsentiert.

Verabschiedet durch den BDF-Vorstand am 30. Januar 2019